GEMEINNÜTZIGE BAUGENOSSENSCHAFT

DIEBURG E. G.

Gemeinnützige Baugenossenschaft - Postfach 1180 - 64801 Dieburg

Der Landrat des Landkreises
Darmstadt-Dieburg
Herrn Jakoubek -persönlich

64276 Darmstadt-Kranichstein

Konviktsweg 20 - 64807 Dieburg

Telefon 0 60 71 / 26 47

Telefax 06071/2648

Bankverbindungen:

Volksbank Odenwald e.G.

(BLZ 508 63513) Kto.-Nr. 1 603 833

(RI 7 508 63513 22 204 504

Vereinigte Volksbank Maingau

e. G.

Steuer N r. 007 227 70209

Ihre Zeichen Ihre Nachricht Unser Zeichen

Tag

Herr Gross
22. November 2007 G(briefe.Landkreis3)

Kündigung der Mitgliedschaft des Landkreises in unserer Genossenschaft Ihr
Schreiben vom 25.09.2007 Eingang 08.10.2007

Sehr geehrter Herr Landrat Jakoubek,

mit Bedauern haben wir die Kündigung der Mitgliedschaft des Landkreises DarmstadtDieburg zur Kenntnis genommen. Die Kündigung ist umso bedauerlicher, als der Landkreis Darmstadt-Dieburg seit fast 60 Jahren, nämlich seit dem 24.06.1949, Mitglied der Genossenschaft ist. Diese wurde bekanntlich in 1935 gegründet und hatte ab 1945 die vornehmliche Aufgabe, der nachkriegsbedingten Wohnraumnot entgegen zu wirken und preiswerten Wohnraum für alle sozialen Schichten zu schaffen. Diesen Gegebenheiten hatte letztlich der damalige Landkreis Dieburg Rechnung getragen und seinen Beitritt zur Genossenschaft erklärt.

Wenn sich auch die Gegebenheiten insgesamt grundlegend geändert haben, so besteht jedoch nach wie vor noch verstärkte Nachfrage nach Wohnraum gerade für die sozial schwachen Bevölkerungskreise. Hier ist auch weiterhin Handlungsbedarf gegeben, so dass die Kündigung der Genossenschaftsanteile des Landkreises mit Rücksicht auf die von ihm wahrzunehmenden sozialpolitischen Aufgaben gerade im Hinblick darauf unverständlich erscheint.

Wie sich auch aus dem Kündigungsschreiben vom 25.09.2007 ergibt, wurde seitens des Landkreises der Sachverhalt nur unter finanziellen Aspekten betrachtet. Die vorstehend angesprochenen sozialpolitischen Gesichtspunkte, insbesondere die auch im Interesse des Landkreises liegende Aufgabe der Erschaffung und Erhaltung preiswerten Wohnraums für sozial schwache Bevölkerungsschichten, wurde offenbar unbeachtet gelassen.

Die vorstehend angesprochenen Gegebenheiten rechtfertigen somit nach diesseitiger Auffassung eine Überprüfung der dort herangezogenen Kündigungsgründe. Es wird daher um erneute Prüfung und ggf. Zurücknahme der Kündigung gebeten, wobei zu den einzelnen Kündigungsgründen wie folgt Stellung genommen wird:

1. Die Genossenschaft nimmt weder gesetzliche noch hoheitliche Aufgaben für den Landkreis wahr.

Dies ist zwar richtig, war aber zum Beitrittszeitpunkt bekannt. Außerdem stellte der Landkreis über lange Jahre hinweg ein Aufsichtsratsmitglied, in der Regel als Vorsitzenden.

2. Es erschließen sich keine Synergien mit der Tätigkeit der Kreisverwaltung oder vom Landkreis gehaltener Beteiligungen

Ohne auf die Definition des Begriffs „Synergien“ abzuheben, bleibt festzuhalten, dass unsere Genossenschaft Wohnraum zur Verfügung stellt, der auch vom ehemaligen Amt für Flüchtlingswesen oder des Amts für Integration in Anspruch genommen wird. Wir legten dies in unserem Schreiben vom 01.07.2005 in der Anzahl dar. Dies könnte schon als Vorteil oder Synergie angesehen werden.

3. Es wird keine Verzinsung des Genossenschaftsanteils gewährt.

Gemäß §21 GenG besteht ein Verbot der Verzinsung der Geschäftsguthaben. Der §21 a regelt Ausnahmen dieses Verbots. Eine solche ist in unserer Satzung, die dem Landkreis bekannt ist, nicht vorgesehen. Ein Verlangen nach Verzinsung von Genossenschaftsanteilen wäre somit rechtswidrig und dient daher nicht als Begründung.

4. Die Genossenschaft hat in den letzten Jahren weder Ausschüttungen vorgenommen, noch plant sie diese oder lässt diese erwarten.

Der erste Teil dieses Satzes ist korrekt, was auch in den jeweiligen Jahresabschlüssen zu erkennen ist, die vom Aufsichtsrat -was die Verteilung der Jahresüberschüsse angeht- mit beschlossen wurde.

Was den zweiten Teil dieses Begründungssatzes angeht, können wir nicht nachvollziehen, woher diese Behauptung stammt.

Der mittlere Absatz unseres Schreibens vom 01.07.2005 kann als Begründung nicht gesehen werden, da dieser die Geschäftsentwicklung lediglich bis zum Jahr 2003 berücksichtigte. Die weitere Entwicklung kann den Jahresabschlüssen, sowie den Protokollen der jeweiligen Aufsichtsrats- und Vorstandssitzungen entnommen werden.

Aus heutiger Sicht ist eher mit einer gegenteiligen Entwicklung zu rechnen. Aufgrund der langjährig in die Rücklagen eingestellten Jahresüberschüsse wurde die Eigenkapitalausstattung deutlich verbessert (von rd. 19% in 1994 auf rd. 33% in 2006), so dass es möglicherweise ab dem Geschäftsjahr 2010 (das Jahr, in dem die Anteile des Landkreises zur Auszahlung kämen) zu einer Dividendenausschüttung kommen könnte. Diese müsste satzungsgemäß durch die Mitgliederversammlung beschlossen werden.

Wir bitten Sie daher nochmals, unsere Stellungnahme zur Begründung der Kündigung der Mitgliedschaft, dem Kreistag zur Kenntnis und ggf. neuer Abstimmung zu übermitteln. In Anbetracht der Tatsache, dass der Landkreis mit der Beteiligung an unserer Genossenschaft kein substantielles Risiko eingeht, ein Verlust der Einlage praktisch ausgeschlossen ist und eine Nachschusspflicht nicht besteht und er für die Öffentlichkeit

präsent ist, bitten wir um Revision der Gründe für eine Kündigung und um Mitteilung über den Sachstand.

Für Fragen steht Ihnen unser geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Herr Gross, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Gemeinnützige Baugenossenschaft
Dieburg e.G.